

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 2 (1961)

Heft: 6

Rubrik: Die Welt letzte Woche

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kongo: Eine provisorische Regierung

Am vergangenen Donnerstag hat der kongolesische Präsident Kasavubu den vom Oberbefehlshaber der Armee, General Mobutu, eingesetzten Rat der Generalkommissäre entlassen, der seit Oktober des letzten Jahres die Regierungsgeschäfte führte, und eine provisorische Regierung nominiert, an deren Spitze der bisherige Senatspräsident Joseph Ileo steht. In der Kabinettsliste war der Name des verhafteten ehemaligen Ministerpräsidenten Lumumba nicht enthalten. Für den Zusammritt des Parlaments nannte Kasavubu kein bestimmtes Datum. Dem Erlass des Dekretes über die Einsetzung der neuen Re-

gierung ging eine Botschaft Kasavubus voraus, in der es unter anderem heißt, die Regierung habe für die Aufrechterhaltung der Ordnung und die Wiederherstellung des Friedens in den bedrohten Gebieten sowie für die Unabhängigkeit und die Souveränität des Staates zu sorgen... Der Kongo dürfe keinerlei Schutzherrschaft dulden.

Tschombe

erklärte vor einer grossen Menschenmenge im Fussballstadion von Elisabethville unter anderem, der Vorschlag der Uno, wonach die regulären Streitkräfte in der Provinz Katanga entwaffnet werden sollten, würde zu Anarchie und Sklaverei führen. «Wir sind hier in Afrika, und die Amerikaner, Marokkaner und andere sollten dort bleiben, wo sie hingehören». Er ersuchte die Journalisten, der Welt zu melden, dass Katanga unabhängig sei und sein Reichtum im Lande bleiben müsse, und nicht nach Europa gehen dürfe, wie dies vor der Erringung der Unabhängigkeit der Fall gewesen sei.

Lumumba ermordet

Patrice Lumumba, der erste Ministerpräsident vom Kongo und seine zwei Minister Mpoko und Okito, die aus dem Gefängnis flüchten konnten, sind nach einer Mitteilung der katangischen Behörden in einem Dorfe massakriert worden. Früher lautete die Mitteilung jeweilen «auf der Flucht erschossen», auch wenn die Kugel in die vordere Körperhälfte eingedrungen war.

Die Lage im Kongo nähert sich einer Krise. Die Auswirkungen von Lumumbas Ermordung sind nicht abzusehen. Moskau hat einen wichtigen Freund verloren; es lässt wichtige Freunde nicht fallen. Es ist eine Vorführung sowjetischer Taktik in der Uno zu erwarten, die Chruschtschews Gastspiel in den Schatten stellen könnte. Viel hängt allerdings davon ab, wie stark die Sowjetunion durch ein kämpferisches Verhalten in der Uno die Beziehungen mit den Vereinigten Staaten schon jetzt belasten will.

Die Ermordung Lumumbas wird Proteste veranlassen, leise und laute, ehrliche und geheuchelte. Der Ostblock wird die grösste Entrüstung bekunden, der Ostblock, der zu Säuberungswellen, Schauprozessen und Ermordungen im eigenen Lager ebenso laufen Beifall geklatscht hat. Lumumba hat sein Land in das Chaos geführt; aber das rechtfertigt die Ermordung nicht. Trotzdem werden wir die Proteste der Mörder Imre Nagys zurückweisen.

Am Rande ...

Wie das nepalesische Aussenministerium am Freitag bekanntgab, haben Nepal und China ein Abkommen über den Verlauf ihrer gemeinsamen Grenze abgeschlossen.

*

Die ostdeutschen Behörden wiesen am Sonntag an der Berliner Sektorengrenze am Brandenburger Tor prominente Westdeutsche Kirchenmänner zurück, die am Festgottesdienst zur Eröffnung der gesamtdeutschen Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in der Marienkirche in Ostberlin teilnehmen wollten. Den Landesbischoßen von Oldenburg, Gerhart Jacobi, und von Baden, D. Bender, sowie dem Präsidenten der Rheinischen Kirche, D. Beckmann, wurde ein Passierschein von der Ostberliner Volkspolizei mit der Begründung verweigert, ihr Aufenthalt im «demokratischen Sektor von Berlin» sei unerwünscht. Der Kirchenpräsident von Hessen, Martin Niemöller, hatte die Sektorengrenze ungehindert passieren können.

*

Gewisse Gerüchte, die in paraguayischen politischen Kreisen der nordargentinischen Stadt Clorinda-Formosa an der paraguayischen Grenze, zirkulieren, lassen darauf schliessen, dass in der paraguayischen Hauptstadt Asuncion eine politische Krise ausgebrochen ist. Wie verlautet, ist der Polizeichef von Asuncion, Oberst Duarte Vera, seiner Funktionen enthoben worden, während Innenminister Dr. Edgar Insfran verhaftet worden sei. Weiter verlautet, dass der Konsul Paraguays in Clorinda-Formosa, Marcos Fuster, der zum neuen paraguayischen Polizeichef ernannt worden sein soll, die Stadt am Samstag Richtung Asuncion verlassen habe.

Redaktionsschluss 13. Februar 1961

Portugal – Angola

Die Kaperung des Dampfers «Santa Maria» hat ihre Wirkung nicht verfehlt, wenn sie äusserlich auch zum Scheitern verurteilt war. Die Weltöffentlichkeit wurde dadurch auf Zustände gelenkt, die nicht einfach aus der Welt diskutiert werden können. So verschlimmert sich die Lage in Angola, wo immer neue Unruhen ausbrechen, fast täglich, weil die portugiesischen Streitkräfte, wie Jao Cabral, der Londoner Vertreter der «Volksbewegung für die Befreiung Angolas», berichtet, die afrikanische Bevölkerung «ständig herausforderten». Die rassenfeindlichen Handlungen müssten zu neuen Gewaltdramen führen. Lissaboner Zeitungen veröffentlichten den vollen Text eines Communiqués der drei Oppositionsführer, die Präsident Américo Tomas aufgefordert hatten «die fundamentalen Freiheiten in Portugal» wieder herzustellen. So konnten seit langer Zeit die Portugiesen zum erstenmal in ihren Zeitungen eine scharfe Kritik an die Adresse der Regierung Salazar lesen.

Hodscha wird umworben

Peking und Moskau haben Delegationen zu dem vierten Parteikongress in der albanischen Hauptstadt Tirana entsandt. China wird am albanischen Parteitag durch eine auffallend starke Delegation vertreten. Beobachter in Tirana sind der Ansicht, dass die chinesische Delegation so stark sei, um die wachsende Solidarität zwischen Albanien und der Volksrepublik China seit der jüngsten kommunistischen «Gipfelkonferenz» in Moskau vom vergangenen November besonders deutlich zu unterstreichen. Alle Anzeichen in Tirana weisen darauf hin, dass der Führer der Arbeiterpartei Albaniens, der 52jährige Hodscha, seine Stellung behaupten kann und dass es in der Parteiarchie keine drastischen Änderungen geben wird.

Mageres Ergebnis

Die Staats- und Regierungschefs sowie die Aussenminister der Bundesrepublik Deutschland, Belgiens, Frankreichs, Italiens, Luxemburgs und der Niederlande haben in Paris konflikt. Die Konferenz hatte zum Ziel, die geeigneten Mittel zu suchen, um eine engere politische Zusammenarbeit zu organisieren. Dabei wurde unter anderem festgestellt, dass die Schaffung eines neuen Typus von Beziehungen in Europa, die sich gleichzeitig auf die Ent-

wicklung eines einheitlichen Marktes sowie auf eine politische Zusammenarbeit in einem Geiste der Freundschaft erstreckt, eine der wichtigsten Tatsachen der gegenwärtigen Epoche darstellt. In Washington zeigt man sich von den Ergebnissen der Zusammenkunft eher enttäuscht und bedauert, dass nur wenig Fortschritt in Richtung auf eine europäische Integration erzielt wurde.

Angriff auf Venus

Wie die sowjetische Nachrichtenagentur Tass mitteilte, hat die Sowjetunion am Sonntag (12. Februar) eine «interplanetarische Station» in Richtung des Planeten Venus abgefeuert. Wie die Agentur weiter ausführte, soll die Rakete die Venus in der zweiten Hälfte des Monats Mai erreichen. Die Venus ist jener Planet des Sonnensystems, dessen Entfernung von der Erde zwischen 42 Millionen und 257 Millionen Kilometer schwankt; die Entfernung von der Sonne beträgt rund 58 Millionen Kilometer. Die Station wiegt 643,5 Kilogramm. Der Sender der Station sendet auf Befehl von der Erde aus auf der Frequenz von 922,8 Megahertz. An Bord des interplanetarischen Flugkörpers befinden sich Wimpel mit dem sowjetischen Hoheitszeichen. Unter Berücksichtigung dieses neuen Unternehmens erscheint nun der Abschuss eines 6,5-Tonnen-Satelliten vor zwei Wochen als ein erster Versuch. Jener Abschuss war mit ungewohnter Stille erfolgt. Er scheint erfüllt zu haben, trotzdem der Satellit explodierte.

Zwischenfall um Breschnew

Ein peinlicher französisch-sowjetischer Flugzeugzwischenfall gab vergangene Woche Anlass zu bissigen sowjetischen Angriffen auf die Gaule und die französische Algerienpolitik. Die sowjetische Pressekampagne wurde mit einer Erklärung Gromykos vom 10. Februar eingeleitet, worin der Zwischenfall als «beispiellose Handlung» und «internationaler Banditentat» bezeichnet wurde. Die Note der französischen Regierung, worin der Zwischenfall als «technisches Missverständnis» dargelegt und das «aufrichtige Bedauern» der Pariser Regierung zum Ausdruck gebracht wurde, wurde von sowjetischer Seite kategorisch zurückgewiesen. Als Nachklang zu diesem Ereignis ist die Nachricht, dass 14 Düsenjäger des Typs Mig, welche die Sowjetunion Marokko geschenkt habe, in Rabat eingetroffen sind, aufzufassen.